

Geschlechtsspezifische Gewalt als neuer Kriminalitätsbereich gemäß den EU-Verträgen*

Vorschlag

Der Vorschlag des Europäischen Parlaments, geschlechtsspezifische Gewalt als Straftatbestand einzustufen, könnte der EU große Vorteile bringen. Allein der wirtschaftliche Nutzen würde sich kurzfristig auf rund **25 Mrd. EUR pro Jahr** und langfristig auf **54 Mrd. EUR pro Jahr** belaufen.

Viele weitere positive Auswirkungen, wie der bessere Schutz der **Grundrechte** und der Abbau **geschlechtsspezifischer Ungleichheiten**, lassen sich nicht beziffern. Die EU könnte den Gesamtnutzen dieses Vorschlags durch die Erweiterung des **Mandats der Gleichstellungsstellen**, die Förderung der **Qualität von Umfrage- und Verwaltungsdaten** und die Unterstützung von **allgemeiner und beruflicher Bildung** steigern.

Europäischer Mehrwert des Vorschlags

Kohärente Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsvorschriften der EU	✓
Einheitlichkeit bei der Auffassung von und beim Umgang mit geschlechtsspezifischer Gewalt in den Mitgliedstaaten	✓ ✓
Opferschutz	✓ ✓
Vorbeugung von geschlechtsspezifischer Gewalt	✓
Strafrechtliche Verfolgung von Tätern	✓ ✓

Quelle: *Gender-based violence as a new area of crime listed under Article 83(1) TFEU*, European Added Value Assessment, EPRS, 2021.

*Artikel 83 Absatz 1 AEUV